

II-1184 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 717/J

1991-03-15

A N F R A G E

der Abgeordneten Langthaler, Anschöber Freunde und Freundinnen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

betrifft: Ablagerung von Gelbkreuzgranaten in Großmittel

In einem Artikel der Zeitschrift Basta (März 1991) wurde auf ein Informationsschreiben des Umweltbundesamtes vom 10.3.1989 an die damalige Umweltministerin hingewiesen, wonach zu befürchten ist, daß die seinerzeitige Lagerung von Gelbkreuzgranaten am Truppenübungsplatz Großmittel/Mitterndorfer Senke nicht dem derzeitigen Stand der Technik und den Erfordernissen des Umweltschutzes entspricht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Ministerin für Umwelt, Jugend und Familie folgende

A N F R A G E

- 1) Wie stehen Sie als Ministerin zu der Aussage des Umweltbundesamtes vom 10.3.1989 "Aus all dem Gesagten geht hervor, daß die Kampfstoffgranaten-Deponie in Großmittel nicht dem Stand der Technik und auch nicht den Erfordernissen des Umweltschutzes entspricht"?
- 2) Stimmt es, so die Aussage des Umweltbundesamtes, daß die Deponie in Großmittel noch nie einer Dichtigkeitskontrolle unterzogen wurde?
- 3) Denken Sie daran mit dem Minister für Inneres Kontakt aufzunehmen, um eine solche Kontrolle sicherzustellen bzw was gedenken Sie, als Umweltministerin zu unternehmen, um eine Entsorgung dieser Kampfstoffgranaten gemäß dem Stand der Technik, bzw entsprechend den Erfordernissen des Umweltschutzes zu gewährleisten?
- 4) Werden Sie versuchen, daß der Bundesminister für Inneres gemeinsam mit dem Umweltbundesamt ein Konzept für die umweltgerechte Entsorgung dieser Kampfstoffe entwirft?
- 5) Wenn nein; warum nicht?
- 6) Laut einem Gutachten der Technischen Hochschule Wien wurde die Empfehlung ausgesprochen, die Aluminiumhülsen (die die Kampfstoffgranaten umgeben) gasdicht auszuführen. Dies wurde aber nicht gemacht. Es besteht daher die Befürchtung, daß die ganze Deponie nicht gasdicht ist.
Denkt die Ministerin für Umwelt daran, Gespräche mit dem Bundesminister für Inneres zu führen, um den Empfehlungen der TU Wien Folge zu leisten?

7) Wenn nein; warum nicht?

8) Wenn ja; wie und bis zu welchem Zeitraum?

9) Wie stehen Sie zu folgender Aussage ausländischer (im Speziellen Deutscher) Fachleute:

" Jede Deponierung von Kampfstoffgranaten stellt eine Notlösung für einen Zeitraum von maximal zehn bis zwanzig Jahren dar. Auf die Dauer gibt es keine sichere Deponierung von Kampfstoffgranaten.

Unter allen Munitionsarten sind Kampfstoffgranaten bezüglich einer Deponierung am gefährlichsten, da der Kampfstoff ständig chemische Reaktionen mit dem umgebenden Metall und dem Sprengstoff eingeht. Manche Reaktionen können irgendwann zu einer Selbstzündung führen"?